

Liebe Eltern,

wir als evangelischer Gesamtelternbeirat sind die ehrenamtliche Vertretung der Elternschaft und der mehr als 5.000 Kinder in den 120 Kitas, Kindergärten und Horten der evangelischen Kirche in Stuttgart.

In Vorbereitung auf die Kommunalwahl in Stuttgart am 26. Mai 2019 baten wir die Fraktionen des Gemeinderates darum, zu den aus unserer Sicht drängendsten Problemen in der Kinderbetreuung Stellung zu nehmen und ihre Pläne zur Lösung offenzulegen.

Wir möchten die Rückmeldungen der Fraktionen hiermit Ihnen, der Elternschaft der evangelischen Kitas, Kindergärten und Horten als Wahlhilfe zur Verfügung stellen.

Mehr Informationen über unsere Arbeit finden Sie auch auf unserer Homepage www.evangelgeb.de.

Martina Treulieb

1. Vorsitzende des Evang. GEB Stuttgart

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Stuttgart am 26. Mai 2019

1. Fachkräftemangel:

In Stuttgart fehlen, wie im ganzen Land, Erzieher für die Betreuung von Kindern in Krippen und Kindergärten. KiTas werden tageweise geschlossen und neue Einrichtungen können nicht eröffnet werden, da nicht genügend qualifiziertes Personal gefunden wird.

Was ist Ihr Ansatz, um mehr junge Menschen für die Ausbildung zum/zur ErzieherIn zu gewinnen und wie kann der Einsatz von qualifiziertem Personal ohne Ausbildung zum/zur ErzieherIn zur Betreuung der Kinder vereinfacht werden?

Die Grünen:

„Wir GRÜNEN sind die Partei in Stuttgart, die sich am meisten um das Thema Fachkräfte-Gewinnung gekümmert hat. Neben der Tatsache, dass wir die Tarifizulage für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen, haben wir die Ausbildungsoffensive für PIA initiiert. Durch die Gewährung einer Ausbildungszulage ist es gelungen, bei den Freien Trägern die Ausbildungskapazität um über 50 Prozent zu erhöhen. Wir haben in diesem Zusammenhang außerdem mit dafür gesorgt, dass die PIA-Kräfte nicht mehr anteilig als Fachkräfte angerechnet werden.

Trotzdem ist uns klar, dass wir noch weit davon entfernt sind, den Fachkräftebedarf decken zu können, deshalb regen wir dazu eine Arbeitsgruppe an, in der Fachverwaltung und Freie Träger gemeinsam weitere auch unkonventionelle Ideen entwickeln können. Auch Kommunale Landesverbände und der KVJS sollten miteinbezogen werden.“

CDU:

„Unter dem Fachkräftemangel leider alle Träger. Die Anwerbung von ausländischen Fachkräften sollte intensiviert werden und die Anzahl der Ausbildungsplätze muss erhöht werden. Quereinsteigern sollte die Möglichkeit gegeben werden sich unkompliziert und schnell zur Fachkraft weiterzubilden mit einer vorübergehenden Absenkung der Fachkraftquote auf 80% mit paralleler Weiterqualifizierung der übrigen 20% zur Fachkraft.“

SPD:

„Die SPD Fraktion hat sich von Anfang an für die tarifliche Zulage für Erzieher*innen ausgesprochen, sie beantragt und in den Haushaltsberatungen darum gekämpft. 100€ sind Stuttgart eh nicht viel. Denn Stuttgart muss man sich leisten können. Der Wohnungsmarkt ist leergefegt und bezahlbare Wohnungen fehlen für Menschen, die unterdurchschnittlich bis durchschnittlich verdienen. (wie Erzieher*innen, Pflegekräfte, Polizei u.a.) Auch andere Dienstleistungsgruppen müssten in Stuttgart tarifliche Zulagen erhalten. Im letzten Haushalt wurde mit der Mehrheit von Grün und den konservativen Parteien beschlossen, die Tarifizulage jährlich

abzuschmelzen. Das ist nicht unsere Haltung. Wir müssen Anreize bieten, dass junge Menschen den pädagogischen Beruf wählen. Dazu gehört eine adäquate Bezahlung! Doch müssten auch Betriebswohnungen vorgehalten werden, was gerade in der Ausbildungszeit wichtig wäre. Weiteren Ausbau der PIA Ausbildung und Ausbildungskapazitäten ausbauen. In der Einrichtung setzen wir uns ein, dass es Ausbildungs- und Leitungsfreistellungen gibt. Eine Aufwertung des Erzieher*innenberufs sollte gegeben sein.

Wahrscheinlich wird dies nur in einem Veränderungsprozess stattfinden und die Tendenz zu einer Akademisierung darstellen, wie es in anderen europäischen Ländern schon üblich ist. Deshalb muss

zukünftig mit den Trägern ausgehandelt werden, welche anderen Fachkräfte für spezifische Aufgaben die pädagogischen Fachkräfte unterstützen können. Ihre Arbeit muss eine größtmögliche gesellschaftliche Anerkennung erfahren.“

FDP:

„Wir setzen uns für eine Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung ein. 400 Bewerbungen auf 90 vorhandene Plätze zeigen, dass Potential hierfür vorhanden ist. Dabei sind weiterhin die Ausbildungsplätze nicht auf den Stellenschlüssel anzurechnen, dazu müssen Leitungsanteile hinzukommen, damit der Zeitaufwand für die Anleitung der Auszubildenden berücksichtigt wird und die Qualität der Betreuung gesichert werden kann. Die Frage einer Vereinfachung des Einsatzes von Personal ohne Ausbildung zum/zur Erzieher/in ist nicht leicht zu beantworten. Dazu ist zunächst eine Einigung darauf nötig, was als ausreichende Qualifikation angesehen wird, im Ausland geworbene Kräfte müssen auf jeden Fall ausreichende Sprachkenntnisse mitbringen.“

Freie Wähler:

„Vor 10 Jahren war die Situation für Erzieher/innen eine komplett andere: Es gab zu viele Erzieher/innen und Ausbildungsstätten mussten ihre Ausbildungskapazität herunterfahren. In Teilen fehlen uns heute diese Kräfte, die die Ausbildung damals gar nicht absolvierten, weil ihnen im Anschluss Arbeitslosigkeit drohte, oder die damals die Ausbildung machten und dann in einen anderen Beruf wechselten.

Die Familienpolitik der letzten Jahre und die seit fast 10 Jahren gute Konjunktur wirken: Es werden wieder mehr Kinder geboren. Um Kindern einen guten Start ins Leben zu gewährleisten, wurden die Betreuungsschlüssel angepasst, sodass weniger Kinder auf jede/n Erzieher/in kommen. Dies sind Faktoren, die sich auf den Fachkräftemangel auswirken.

Die Stadt Stuttgart hat mit dem Einstieg in die duale Ausbildung (PIA) einen wichtigen Schritt unternommen, um die Ausbildung attraktiver zu machen. Wichtig ist hier, dass vom Beginn der Ausbildung – wie in der dualen Ausbildung üblich – ein Gehalt bezahlt wird. Für die Auszubildenden sollten keine Ausbildungsgebühren mehr anfallen. (In der Vergangenheit waren viele der eher frauentypischen Ausbildungen kostenpflichtig, z.B. MTA, PTA.) Es braucht diese berufsbegleitende Aus-/Weiterbildung, die es Quereinsteigern erleichtert, Beruf/Arbeit und Ausbildung unter einen Hut zu bringen. Zudem sollten Konzepte des Arbeitsplatz-Sharings diskutiert und entwickelt werden.

Im Bereich der Erzieher/innen sollten vielfältige Aufstiegs- und Karrierechancen entwickelt werden. Es sollte deutlich werden, dass Erzieher/in nicht das Ende der beruflichen Qualifikation und Tätigkeit sein muss.

Da Männer/Erzieher in Kitas immer noch selten sind, sollten Werbemaßnahmen auch intensiv junge Männer ansprechen.“

SÖS:

„In fast allen Ausbildungsberufen herrscht Bewerber*innen-Mangel. Dies gilt insbesondere für die Gesundheits- und Sozialberufen. Ein Grund dafür ist, dass eine Berufstätigkeit in den Sozialberufen häufig als unattraktiv eingeschätzt und erlebt wird.

SÖS fordert, eine kostenfreie, praxisintegrierte Ausbildung (PiA), in der eine (über-) tarifliche Auszubildendenvergütung bezahlt wird. Die Auszubildenden sollten idealerweise nicht auf den Stellenplan der Einrichtung angerechnet werden, damit sie als Lernende und nicht als volle Arbeitskräfte eingesetzt werden. Erziehungs- und Bildungsarbeit, bei Kindern im Alter bis sechs Jahren, muss als gesellschaftlich unverzichtbare, wertvolle und komplexe Aufgabe mit hohen Anforderungen dargestellt und dementsprechend vergütet werden.

Erzieher*innen brauchen einen guten Arbeitsplatz, an dem gute Arbeit geleistet werden kann. Unter „guter Arbeit“ verstehen wir einen Beruf und Arbeitsplatz, mit dem man den Lebensunterhalt sichern kann, der zur eigenen Zufriedenheit und Weiterentwicklung beiträgt, der nicht krank macht und lebenslanges Lernen fördert.

Zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften setzt sich SÖS dafür ein, weiterhin Anreize zu schaffen, wie leistbaren Wohnraum (idealerweise in städtischen oder trügereigenen Wohnungen), Hilfe bei der Wohnungssuche, kostenloser ÖPNV, garantierte Kinderbetreuung, Weitergewährung und Aufstockung der Zulage „TarifPlus“; Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen).

Es gibt einige gleichwertige Berufe, die im Fachkräfteverzeichnis fehlen, zum Beispiel der/die Grundschullehrer*in. Auch ausgebildete Lehrkräfte aus dem europäischen Ausland haben Grundlagen der Pädagogik erlernt. Die Nachqualifizierung dieser Berufsgruppe ist weniger aufwändig. So sollte der Fachkräfteverzeichnis regelmäßig überarbeitet und geprüft werden. Eine Einstellung als Zweitkraft wäre bei diesen pädagogisch vorgebildeten Interessenten sinnvoll und hätte keine Qualitätseinbußen.

Welche Änderungen im Verzeichnis vorgenommen werden sollen, muss mit Fachkräften aus der Praxis und auszubildenden Lehrkräften der Fachschulen diskutiert und gemeinsam mit diesen entschieden werden. Diese Überprüfung sollte in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Eine berufsbegleitende Qualifizierung zur/m staatlich anerkannten Erzieher*in wäre Bestandteil des Arbeitsvertrages, sollte übernommen und mit den notwendigen bezahlten Freistellungen vorgenommen werden.

Eine individuelle Prüfung von Bewerber*innen aus nicht gleichwertigen Berufen sollte möglich sein. Bei entsprechend positiver Prüfung sollte bei der Einstellung das Ziel der Umschulung zur/m staatlich anerkannten Erzieher*in (durch PiA oder über Vorbereitung auf die Schulfremdenprüfung) vertraglich festgeschrieben sein. Auch hier sind die Übernahme der Kosten und die bezahlte Freistellung notwendig. So können Wege für geeignete Quereinsteiger eröffnet werden.

Darüber hinaus ist der Einsatz von nicht ausgebildeten Arbeitskräften bei unterstützenden Aufgaben, z.B. Begleitung bei Ausflügen, dem An- und Umkleiden vor dem Verlassen der Einrichtungsräume usw., eine Entlastung der Fachkräfte. Die nicht ausgebildeten Mitarbeiter*innen brauchen eine gute Vorbereitung. Eine Anrechnung, dieser unterstützenden Kräfte, auf den Stellenplan darf nicht erfolgen. Der Einsatz von unterstützenden Mitarbeiter*innen kann auch dazu beitragen den Alltag in der Einrichtung kennenzulernen und bei der Entscheidung zur Umschulung hilfreich sein. Auch können so Stellen für junge Erwachsene geschaffen werden, die sich bei ihrer Berufswahl unschlüssig sind.

KITAs und Krippen sind, wie unten erwähnt, Bildungseinrichtungen. Erzieher*innen verstehen sich als Fachfrauen/-männer für Elementarpädagogik und (früh)kindlicher Bildung. Dies erfordert eine umfassende Ausbildung, damit eine qualitative hochwertige pädagogische Arbeit gewährleistet

werden kann. Vor diesem Hintergrund muss der Einsatz von nichtqualifiziertem Personal aus unserer Sicht sehr sorgfältig geprüft werden.“

2. Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze:

In Stuttgart fehlen allein für Kinder bis drei Jahren aktuell mehr als 3.000 Betreuungsplätze. Wie im Jugendhilfeausschuss am 18. März 2019 vorgelegt, geht der Ausbau der Betreuungsplätze nicht schnell genug voran. Auch bereits beschlossene und finanzierte Plätze können nicht kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige ist nach wie vor hoch.

Wie wollen Sie den Ausbau der Betreuungsplätze beschleunigen und dem Bedürfnis der Eltern nach qualifizierter Betreuung ihrer Kleinkinder nachkommen?

Die Grünen:

„Der Ausbau des Betreuungsangebots in Stuttgart ist für uns einer der zentralen bildungspolitischen Bausteine. Wichtig ist der Ausbau im Kitabereich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für uns geht es aber auch darum, frühkindliche Bildung als das Fundament für die Entwicklung der Kinder zu stärken.

Wir werden im kommenden Doppelhaushalt genügend Mittel zur Verfügung stellen, um mittelfristig das Ziel zu erreichen, das alle Eltern, die einen Kita- oder Krippenplatz brauchen, auch einen bekommen. Dazu wollen wir auch die nötigen Stellen in der Fachverwaltung schaffen, z.B. in der Planung und in der Bauverwaltung.“

CDU:

„Der Rechtsanspruch gibt die Bedeutung für die Kindertagesbetreuung vor. Wir stehen für eine individuelle Förderung von klein auf, um jedes Kind nach seinen Bedürfnissen pass- und zielgenau zu fördern. Hierfür braucht es eine gemeinsame Anstrengung von freien Trägern und der Landeshauptstadt Stuttgart. Wir möchten weiterhin finanzielle Mittel für weitere Betreuungsangebote, je nach Bedürfnissen auch für neue Träger, zur Verfügung stellen.“

SPD:

„Das hängt wieder direkt mit der Frage 1 zusammen. Bis die realen Bedarfe für die Kleinkindbetreuung wirklich gedeckt werden können und der Ausbau beendet wird, müssen alle flexibel reagieren. Wir versuchen auch mehr Plätze durch die Tagespflege zu gewinnen und hier die Qualifizierung und die Zunahme an Tagespflegeeltern vorantreiben. Auch wäre es hier sinnvoll die Eigeninitiative von Eltern zu fördern, damit sie sich bei der Betreuung zusammenschließen könnten.

Zum Beispiel: öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen. Hier wären wir gerne weiter wie auch beim Ausbau von flexiblerer Kinderbetreuung bis in die Abendstunden und an Wochenenden, was dem Bedarf bestimmter Professionen entspricht. (Verkäufer*innen, Friseur*innen, Pflegekräfte, Polizist*innen u.a.) In manchen Städten gibt es schon einen Schichtbetrieb, was die Öffnungszeiten anbelangt. Das käme manchen Fachkräften vielleicht auch entgegen.“

FDP:

„Auch im Kleinkinderbereich ist entscheidend, dass ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dies betrifft zum einen die Planungskapazitäten der mit dem Bau beschäftigten städtischen Ämter, wo zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen, als auch die notwendigen erzieherischen Fachkräfte (siehe Frage 1).“

Freie Wähler:

„Für den Ausbau der Betreuungseinrichtungen braucht es in den städtischen Ämtern, die für Planung und Bau zuständig sind, mehr Personal. Es sollte – vergleichbar dem Schulsanierungsprogramm – ermittelt werden, wie viel städtisches Personal beim Jugendamt und bei anderen Ämtern der Stadt notwendig ist, damit die möglichen Vorhaben rascher realisiert werden können. Die Ausweisung von mehr Stellen in diesen Bereichen wird den guten Willen zeigen, aber es bleibt die Frage, ob die offenen Stellen bei der Stadt überhaupt besetzt werden können, weil auch hier der Fachkräftemangel wirkt.

Außerdem sollte bei Neubaugebieten ein möglicher Mehrbedarf an Betreuungseinrichtungen von vorne herein eingeplant werden – siehe zum Beispiel das Neubaugebiet Neckarpark, wo die Anzahl der Wohnungen im Laufe der (Planungs-)Zeit nahezu verdoppelt wurde. Um den voraussichtlichen Bedarf an Kitaplätzen decken zu können, müssen dort jetzt in das ganze Gebiet mehrere kleine Einrichtungen hineingezwängt werden.

Da mehr als die Hälfte der Betreuungsplätze von freien Trägern zur Verfügung gestellt werden, braucht es eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und freien Trägern.“

SÖs:

„Es wird viel gebaut in Stuttgart, doch leider überwiegend Luxus-Eigentumswohnungen. Es braucht eine radikale Wende in der Wohnungsbaupolitik. Stuttgart will eine kinderfreundliche Stadt sein. Bei allen Entscheidungen brauchen wir einen Blick auf dieses Ziel. SÖs fordert, dass die Stadt keine städtischen Grundstücke mehr verkauft, sondern idealerweise selber baut. Baugenehmigungen für große Wohnanlagen sollen nur erteilt werden, wenn eine KiTa, Wohnungen für Pflege-WGs geplant sind und öffentlich geförderter Mietwohnraum angeboten wird.“

3. Bildungsgerechtigkeit:

Krippen und Kitas sind heute keine Betreuungsanstalten mehr, sondern wichtige Bildungsinstitutionen. Im Gegensatz zu Schulen und Universitäten müssen Eltern für diese jedoch Beiträge entrichten. Die Höhe der Beiträge ist nicht an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern geknüpft, sondern bestimmt sich nach dem Wohnort der Familie. Trotz Unterstützung der Stadt können sich nicht alle Familien in Stuttgart eine gute Betreuung und gleichzeitige Förderung ihrer Kinder leisten.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass jedes Kind unter sechs Jahren unabhängig von den finanziellen Mitteln der Eltern die Möglichkeit zur Förderung durch Fachpersonal erhält und somit Bildungsgerechtigkeit erfährt?

Die Grünen:

„Stuttgart ist eine der kinderfreundlichsten Kommunen Deutschlands. Ab dem 3. Lebensjahr besuchen über 98 Prozent der Kinder die unterschiedlichsten Betreuungseinrichtungen in unserer Stadt. Dazu trägt die sozial gestaffelte Gebührensatzung der Stadt bei, die den Kitabesuch für alle Familien in Stuttgart attraktiv und bezahlbar macht. Neben der Bonuskarte für Haushalte mit geringem Einkommen ist die Familiencard eine Besonderheit, mit der es sich die Landeshauptstadt zur Aufgabe gemacht hat, auch Familien mit mittleren Einkommen zu unterstützen. In den vergangenen Haushaltsberatungen 2018/2019 haben wir durchgesetzt, dass der Kreis der Familiencard-Empfänger erweitert wird, indem wir die Einkommensgrenze von bisher 60.000 Euro jährlich auf 70.000 Euro erhöht haben. Damit am Monatsende für diese Familien auch tatsächlich mehr Geld im Portemonnaie bleibt, haben wir die Gebühr pro Kindergartenkind (von 3 bis 6 Jahren) monatlich um 50 Euro reduziert.

Neben dem quantitativen Ausbau müssen wir in Stuttgart auch die Qualität in den Kitas weiterentwickeln, die ebenfalls stark zur Bildungsgerechtigkeit beiträgt. Themen wie Leitungszeit, Inklusion, Sprachförderung, Motorik und andere müssen weiterentwickelt werden. Dies bedeutet, dass man die entsprechenden Mittel dazu zur Verfügung stellen muss. Wir priorisieren deshalb zum jetzigen Zeitpunkt eine weitere Qualitätsentwicklung vor einer gänzlichen Abschaffung von Kita-Gebühren. Die wir für später aber nicht ausschließen wollen.

Wir setzen uns aber entschieden für eine soziale Staffelung von Gebühren ein, dazu haben wir im letzten Doppelhaushalt mit unseren Anträgen maßgeblich beigetragen und werden hier auch weitergehende Vorschläge machen.“

CDU:

„Wir sind daran interessiert, dass mit den freien Trägern weiterhin eine Angebotsvielfalt für junge Familien besteht und bekennen uns daher zur elementaren Rolle der Landeshauptstadt innerhalb dieses Bekenntnisses. Dazu gehört, dass Mehrbelastungen für Eltern möglichst abgewendet werden sollten. Hierfür müssen sich die freien Träger und die Landeshauptstadt im regen Austausch befinden.“

SPD:

„Die SPD im Land setzt sich für Gebührenfreiheit in den Kitas ein. Bildung ist von der Kita bis zum Studium und ist ein gesellschaftlicher Auftrag, der durch Steuereinnahmen gewährleistet sein müsste. In Stuttgart gilt dies schon lange für Bonuscardinhaber*innen. Im letzten Haushalt wollten wir diese Gebührenfreiheit als Zwischenschritt für alle Familiencardinhaber*innen durchsetzen. Bis

zur 3.Lesung konnten Grüne und CDU überzeugt werden und soweit mitgehen, dass diese Eltern nur noch 50€ / Kind zahlen müssen.“

FDP:

„Die Höhe der Elternbeiträge in Kitas ist nicht losgelöst vom Einkommen der Familie. Für finanziell schlechter gestellte Familien gibt es die Bonuscard und damit verbunden eine Reduktion der Kita-Gebühren sowie ein vergünstigtes Mittagessen in Höhe von 1 € und andere Leistungen, zusätzlich auch die Familiencard. Kita-Gebühren sind ein wichtiger Pfeiler für die Finanzierung des Ausbaus an Betreuungsplätzen und die Sicherstellung einer guten Betreuung durch Fachpersonal.“

Freie Wähler:

„Nach unserer Kenntnis sind die Gebühren in Stuttgart einheitlich. Freie Träger dürfen mäßig höhere Gebühren verlangen.

In Stuttgart gibt es seit der Einführung der Bonuscard und der FamilienCard Instrumente, die Familien unterstützen. Für Bonuscard-Inhaber ist der Kitabesuch kostenfrei, lediglich für das Essen muss ein Betrag von 20,- € je Monat bezahlt werden. Der kostenpflichtige Anteil am Kitaessen für Eltern ohne Bonuscard beträgt derzeit 3,25 € pro Tag. FamilienCard-Inhaber bekommen eine zwanzigprozentige Kostenreduktion bei den Kitagebühren.

In allen Kinderbetreuungseinrichtungen braucht es ausreichend und gut qualifiziertes Fachpersonal! Was die Bemühungen angeht, mehr Personal zu bekommen, verweisen wir auf unsere Antwort zu Frage 1.

Inwieweit hauswirtschaftlich ausgebildete Fachkräfte oder Fachkräfte aus der Gastronomie die Erzieher/innen unterstützen können, sodass sich diese durch eine andere Arbeitsverteilung mehr auf die Bildung der Kinder konzentrieren können, sollten die Einrichtungen ausprobieren dürfen.

Wir Freie Wähler setzen uns seit Jahren dafür ein, dass der Bildungsanteil der Kinderbetreuung für die Eltern kostenfrei wird. Wir gehen davon aus, dass damit täglich etwa 6 Stunden in der Kita kostenfrei wären. Für weitere Betreuungszeiten müssten die Eltern dann Gebühren in einer sozial verträglichen Höhe bezahlen. „

SÖS:

„Um Bildungsgerechtigkeit zu garantieren fordert SÖS, dass Bildung – also der Besuch von Schulen und Kinderbildungseinrichtungen - kostenlos sein muss. Wir sind davon überzeugt, dass dies finanzierbar und umsetzbar ist.“

4. Elternbeiträge:

Die freien Träger haben maßgeblichen Anteil am bisherigen Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder bis sechs Jahren in Stuttgart. Auch hierdurch sehen sich diese mit steigenden Kosten konfrontiert. Die freien Träger haben deshalb bereits eine Erhöhung der Förderung der Fachpersonalstellen von 90 auf 92,5 Prozent beantragt, und zwar rückwirkend ab dem 1. Januar 2019.

Ab dem Haushalt 2020/2021 soll dann die Stadt dann die Fachpersonalkosten der freien Träger vollständig übernehmen, die Beträge zur Essensversorgung an die städtischen Kosten angleichen und Sachkosten bis zu 75 Prozent bezuschussen. Die Finanzverwaltung der Stadt sowie einige Gemeinderatsfraktionen haben diesem Antrag jedoch eine Absage erteilt. Somit droht bei den freien Trägern eine Erhöhung der Elternbeiträge für die Jahre 2019 und 2020. Ein Betreuungsplatz bei den freien Trägern könnte die Eltern dann das 1,5-fache kosten wie ein städtischer.

Was ist Ihr Ansatz, um eine Übergangslösung für die Jahre 2019 und 2020 zu finden, ohne dass die freien Träger die gestiegenen Kosten auf die Elternbeiträge umlegen müssen und somit die Kostengleichheit zwischen den städtischen und den freien Trägern gewahrt werden kann?

Die Grünen:

„Grundsätzlich können wir die Forderung nachvollziehen. Wir wollen eine faire Finanzierung der freien Träger, die den Kitausbau zu großen Teilen geschultert haben. Wir sehen das finanzielle Delta, das durch den Ausbau entstanden ist. Wir Grünen haben deshalb die Verwaltung prüfen lassen, ob ein finanzieller Spielraum besteht, der es zulässt, auch außerhalb der Haushaltsberatungen die Finanzierung zu gewährleisten. Weiter haben wir gemeinsam mit der CDU den Antrag „Planungssicherheit für Freie Träger – Weiteren Ausbau von Kitaplätze sichern“ gestellt und darin die dauerhafte Erhöhung der Förderung der Fachpersonalkosten von 90 auf 92,5 Prozent rückwirkend zum 01.01.2019 beantragt.

Wir sehen auch einen darüber hinaus gehenden Bedarf bei den Freien Trägern und sind gewillt, dies im Vorfeld des Doppelhaushalts 2020/21 auch mit den Trägern zu verhandeln. Es wäre aber nicht seriös, sich jetzt schon im Vorgriff auf die Haushaltsplanberatungen auf einen Betrag festzulegen, ohne diesen in der Gesamtschau der Haushaltsberatungen 2020/21 mit anderen Etat-Positionen abzuwägen.“

CDU:

„Zweifelsfrei ist der Ausbau der Kindertagesstätten in Stuttgart eine wesentliche Säule der betreuungs- und bildungspolitischen Aufgaben auf der Ebene der Kommune. Betrug der Anteil der freien Träger im Jahr 2008 noch 56%, so stehen wir zehn Jahre später bei 65% - ein Indiz für das wichtige Engagement der freien Träger, auf das die Landeshauptstadt Stuttgart aufbaut.

Nun stehen gerade die freien Träger vor finanziellen Herausforderungen. Für uns als Christdemokraten gilt es diese Sorgen und Nöte aus den Reihen der freien Träger ernst zu nehmen und zu prüfen. Gerade mit Blick auf die kleinen und mittleren freien Träger müssen wir unserer Verantwortung als Kommune gerecht werden. Dies ist umso wichtiger, als dass wir finanzielle Mehrbelastungen durch höhere Kita-Beiträge für Stuttgarter Familien verhindern möchten.

Nachdem die Stadtverwaltung in einer Mitteilungsvorlage auf die Thematik eingegangen ist, haben wir einen Antrag zur rückwirkenden, erhöhten Erstattung (92,2%) der Fachpersonalstellen bis zum

01. Januar 2019 in den Verwaltungsausschuss der Landeshauptstadt eingebracht. Wir freuen uns, dass eine Gebührenerhöhung somit abgewendet wurde.

Darüber hinaus konnten wir in mehreren Gesprächen feststellen, dass auch bei der Finanzierung des Kita-Essens für unsere jüngsten Stuttgarter ein gewisses Defizit besteht. Aus diesem Grund haben wir die Erhöhung des städtischen Zuschusses zum Kita-Essen auf nun 75% beantragt. Als CDU-Fraktion und als Landeshauptstadt sind wir an einer starken und gegenseitigen Partnerschaft mit den freien Trägern interessiert.“

SPD:

„Ich habe deshalb mit dem Antworten so lange gewartet bis zu dem heutigen Verwaltungsausschuss. Schon bei den letzten Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass die Träger bei den Personalkosten auch durch permanente tarifliche Kostensteigerung mit dem Delta nicht mehr auskommen können.

Auf unseren Antrag hin wurde ein Arbeitskreis geschaffen, der nach einer Lösung sucht, die auch zwischen den Haushaltsberatungen eine Erleichterung schaffen könnte. Den Trägern wurde seitens der Verwaltung ab 2019 eine Erhöhung zugesagt. Wir unterstützten diesen Vorschlag, da genügend Restmittel im Haushalt vorhanden sind. Plötzlich wussten CDU und Grüne nichts mehr davon und wollten alles in die nächsten Haushaltberatungen schieben, was eine Verzögerung von mindestens zwei Jahren bedeuten würde. Die 92,5% sind absolut notwendig.

Nachdem Träger, Eltern und wir aus dem politischen Bereich den Druck erhöht hatten, gehen nun CDU/Grüne mit und legen, weil Wahlkampf ist noch eine Schippe drauf und wollen den Essenzuschuss erhöhen. Wir werden uns auch für eine weitere Erhöhung der Personal- und der Betriebskosten einsetzen, weil wir das Engagement der freien Träger beim Ausbau der Kitabetreuung anerkennen. Ohne sie wären wir noch lange nicht so weit. Wenn die Stadt allein den Ausbau hätte machen müssen, müsste noch mehr Geld in die Hand genommen werden.“

FDP:

„Wie Sie dem Antrag [siehe Anhang] entnehmen können, unterstützen wir die Forderung auf Erhöhung der Förderung ab dem 1.1.2019. Welche der darüber hinausgehenden Forderungen tatsächlich realisiert werden können bzw. müssen, wird noch im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diskutieren sein, derzeit liegen noch keine belastbaren Zahlen vor. Wir stehen dabei aber auch im Austausch mit den Freien Trägern, starke Gebührensteigerungen sollten vermieden werden.“

Freie Wähler:

„Wir Freie Wähler haben uns klar und eindeutig für die Erhöhung der Förderung auf 92,5 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2019 ausgesprochen (siehe auch Antrag Nr. 156/2019 vom 03.05.2019). Maßgeblich ist für uns, dass die freien Träger nach wie vor federführend beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sind.

Solange die Stadt so auf die freien Träger angewiesen ist und sie auch mit der leicht erhöhten Förderung immer noch günstiger sind als der städtische Träger, ist es für uns unverständlich, weshalb die Stadtverwaltung sowie die Gemeinderatsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU keine andere Lösung als die Vertröstung auf die kommenden Haushaltsplanberatungen anbieten. Und dies vor allem bei der sehr guten wirtschaftlichen Situation der Stadt Stuttgart.

Uns Freien Wählern ist die Trägervielfalt bei der Kinderbetreuung ein hohes Gut! Wir wollen sie auf jeden Fall erhalten. In der Vergangenheit waren es immer wieder die freien Träger, die mit Neuerungen und Verbesserungen die Kinderbetreuung vorangebracht haben – denken Sie zum Beispiel nur an die Konzepte zu Öffnungszeiten, Bildung, etc. „

SÖs:

„Die Stadt Stuttgart ist auf die freien Träger mehr als angewiesen. SÖS sieht genügend finanziellen Spielraum, um Kosten für 2019 und 2020 zu tragen. Im städtischen Haushalt gab es einen Überschuss von 383 Millionen Euro. SÖS fordert kostenfreie Kitas.“